

Minarett-Initiative

Landeskirchen für Minarette

Die drei Landeskirchen sind gegen ein Minarett-Verbot: Ein solches würde die Religionsfreiheit gefährden.

VON LUZIA MATTMANN

Sie waren sich einig: Die katholische, die evangelisch-reformierte und die christkatholische Kirche des Kantons Luzern haben am Mittwoch beschlossen, sich gegen die Minarett-Initiative zu engagieren. Diese wird mehrheitlich von SVP-Vertretern getragen (siehe Kasten). Über die Initiative wird voraussichtlich diesen Herbst abgestimmt.

«Christen sollen offen sein»

«Ein Minarett-Verbot widerspricht der Religionsfreiheit», sagt David A. Weiss, Synodalratspräsident der evangelisch-reformierten Kirche des Kantons Luzern. «Als Christen sollten wir die Offenheit haben, auch andere Religionsgemeinschaften ihre Symbole offen zeigen zu lassen.» An eine Radikalisierung des Islams mit allfälligen Minaretten glaubt auch der katholische Synodalrat Jörg Trottmann nicht. «Das Gegenteil wäre der Fall», so Trottmann. «Wir können ja nicht einfach einer religiösen Glaubensgemeinschaft ihre Rechte vorenthalten.»

Das Minarett, so Trottmann, gehöre halt zur Moschee wie der Kirchturm zur Kirche. «Das Minarett ist kein Macht-symbol, wie die Initianten oft behaupten,

sondern ein Zeichen der religiösen Identität.»

Im Kanton Luzern gibt es derzeit sechs Moscheen: zwei in Emmenbrücke und je eine in Luzern, Littau, Ebikon und Kriens. Derzeit leben rund 13 000 Muslime im Kanton. Wo und ob es überhaupt im Kanton Luzern Pläne für Minarette geben soll, ist nicht bekannt.

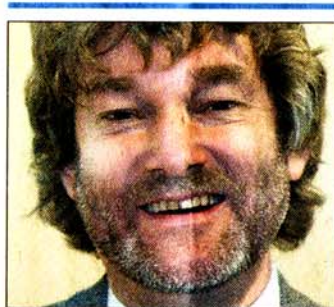
SVP erstaunt

René Kuhn, SVP-Grossstadtrat in Luzern und Mitglied des Unterstützungskomitees für die Initiative, ist wenig beeindruckt vom Statement der Kirchen. «Grundsätzlich ist es mir egal, wie die Landeskirchen auf die Initiative reagieren», sagt er. Etwas erstaunt sei er aber doch: «Der Landeskirche laufen die Mitglieder in Scharen davon. Gleichzeitig geben sie einer fremden Religion den Freipass, sich eine Vormachtstellung zu verschaffen.» Die meisten Mitglieder des Islam seien nicht Schweizer. «Wir wollen ihnen nicht ihre Religion verbieten, aber sie sollen sich in einem gewissen Mass anpassen» – und auf Minarette verzichten.

Ausserdem, so Kuhn, sei es nicht üblich, dass sich die Kirche derart in die Politik einmische. «Die Stimmbürger sind mündig, da brauchen sie niemanden, der ihnen sagt, wie sie abzustimmen haben.»

Kirchen gehen auf Muslime zu

Die Kirchen wollen es allerdings nicht bei einer Absichtserklärung gegen die Minarett-Initiative bewenden lassen. Sie möchten in Kürze ein Patronatskomitee gründen, das im Vorfeld der Abstimmung gegen die Initiative wirbt. Dabei wollen sie auch die Zusammenarbeit mit muslimischen Organisationen suchen.



«Als Christen sollten wir die Offenheit haben, auch andere Religionsgemeinschaften ihre Symbole offen zeigen zu lassen.»

DAVID A. WEISS, EVANGELISCH-REFORMIERT

Falls die Initiative tatsächlich abgelehnt werden sollte, sehen die Landeskirchen ihre Arbeit noch nicht für beendet. «Wenn dann tatsächlich Baugesuche vorliegen, möchten wir uns bei den entsprechenden Gemeinden für einen positiven Dialog einsetzen», sagt David A. Weiss.

Vertreter der Vereinigung der islamischen Organisationen des Kantons Luzern waren gestern nicht erreichbar.

EXPRESS

► Im Kanton Luzern gibt es rund 13 000 Muslime und 6 Moscheen.

► Die Luzerner Landeskirchen wollen ihnen den Bau von Minaretten erlauben.

MINARETT-INITIATIVE

SVP-Vertreter fürchten Islam

Die Minarett-Initiative will den Bau von Minaretten verbieten. Ein Minarett ist der Turm einer Moschee, von dem aus die Muslime fünf Mal pro Tag zum Gebet gerufen werden. Die Initiative wird getragen von 14 SVP- und zwei EDU-Mitgliedern. Die eidgenössische Abstimmung findet voraussichtlich im Herbst statt.

Minarett gleich Macht

Laut den Initianten werde mit Minaretten einem am Islam orientierten Rechtssystem zum Durchbruch verholfen: sie seien Symbole eines religiös-politischen Machtanspruchs. Die Initianten bestreiten, mit dem Minarettverbot die Glaubensfreiheit einzuschränken. Gemäss Bundesrat verstösst die Initiative gegen Menschenrechte und gefährdet den religiösen Frieden. *Im*